

Wohnen in Regensburg

Christine Schimpfermann nahm Stellung zu der von der CSU geforderten Wohnraumoffensive.

Von Susanne Wolf

Regensburg. Am Dienstag tagte der Ausschuss für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Kosten für Unterhaltsarbeiten an Brücken, Stegen und Stützmauern und der von der CSU-Fraktion geforderte Bericht zum Thema „Wohnen in Regensburg“.

Fast 400 000 Euro muss die Stadt heuer für Unterhaltsarbeiten an Brücken ausgeben. Davon fallen über drei Viertel für Reinigungs- und Reparaturarbeiten an. Außerdem wurden 25 000 Euro für die Prüfung verschiedener Brücken



Brücken wie die Eiserne Brücke müssen jährlich unterhalten werden. 2016 werden dafür 310 000 Euro veranschlagt. Foto: Deyrel

cken in den Haushalt eingestellt. 10 000 Euro werden für das Entfernen von Graffiti fällig. Des Weiteren muss der Eiserne Steg neu beschichtet werden. 20 000 Euro sind für den neuen Stahlboden vorgesehen. Aktuell ist er teils stark abgetreten, was zu glatten Stellen führen kann. Außerdem dient die Stahlbeschichtung als Korrosionsschutz für die Stahlbohlen. In einem weiteren Tagesord-

nungspunkt stellte Planungs- und Baureferentin Christine Schimpfermann den Bericht „Wohnen in Regensburg“ vor. Er ist die Reaktion auf den im November von der CSU-Fraktion eingebrachten Antrag für ein Sonderprogramm „Offensive bezahlbarer Wohnraum zur Wahrung des sozialen Friedens“. In ihrem Bericht nahm Schimpfermann zu den Punkten des Antrags Stellung. Es zeigte sich,

dass bereits verstärkt sämtliche Optionen für den Erwerb von Grundstücken für den Wohnungsbau geprüft werden. Außerdem ist die von der CSU geforderte Ausrichtung der Stadtverwaltung auf die Wohnungsbauoffensive bereits in Gang. Derzeit sei eine Ansiedlung der Stabsinheit „Wohnungsbauoffensive“ beim Oberbürgermeister angedacht, heißt es im Bericht. Die Forderung, ein Baulückenscanning zu schaffen, bewertete die Verwaltung als zentralen Baustein dieser Offensive. Für die Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren seien bereits neue Stellen beantragt und einige schon geschaffen worden. Eine vermehrte externe Vergabe von Planungsaufgaben erachte man als nicht sinnvoll.

Die CSU betonte außerdem, dass Enteignungen zur Unterbringung von Flüchtlingen ebenso wie Zwangskündigungen von Wohnungen keine Option seien. Die Verwaltung lehnt das jedoch ohnehin ab und hat diesen Punkt auch im Bericht fixiert.